

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Woffe, Baarstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidsbank, Berlin, Bernst. Armbt, Max Gerstmann, Elberfeld B. Thienck, Halle a. S. Jul. Bock & Co. Hamburg William Willens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinz Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Abend-Ausgabe.

Berlin, 7. März.

von königlichen Prinzen getragen wurde, ausgezeichnet. Die Verleihung war zugleich von den ehrenvollsten und gnädigsten Kundgebungen des Kaisers begleitet. Die Investitur erfolgte bei dem diesjährigen Ordensfest.

vorigen Jahres erlangte der französische Agent vom Sultan von Maskat die Pachtung oder Konzession eines Stückes Land, das als Kohlenstation benutzt werden sollte. Auf dem so abgetretenen Landstücke, das in einem kleinen Hafen

Nachdem durch das Handelsgesetzbuch vom 10. Mai 1897 eine zweckmäßige Regelung der rechtlichen Verhältnisse der Angestellten im Handelsgewerbe erfolgt ist, beabsichtigt die dem Reichstage zugegangene Novelle zur Gewerbeordnung, die bereits geltenden Vorschriften zum Schutze der Gesellen, Lehrlinge und Arbeiter in offenen Läden weiter auszugestalten und auf eine festere Unterlage zu bringen, sowie die sozialpolitischen Interessen dieser Berufsstände zu ordnen. Zu diesem Zwecke soll der Gewerbeordnung eine Reihe neuer Paragraphen eingefügt werden.

Den in offenen Verkaufsstellen beschäftigten Personen, auch den Geschäftsbüroisten, Bäckern u. s. w., soll in Zukunft nach beendetem Tageswerk eine Ruhezeit von mindestens 10 Stunden gewährt werden. Außerdem ist a. a. die Personellen der öffentlichen Verwaltung, der öffentlichen Personen eine angemessene Mittagspause einzuräumen. In der einen wie in der anderen Richtung ist der vorliegende Gesetzentwurf, welcher übrigens die Alleenbetriebe seiner Natur nach nicht berührt, betröft, den tatsächlichen Zuständen der Gegenwart die größtmögliche Schonung angedeihen zu lassen. Er verzichtet auf die Festsetzung bestimmter Ruhepausen während der Ladenstunden und begnügt sich damit, bei solchen Geschäften, welche ihr Personal selbst beschäftigen, den Ladeninhabern lediglich die Gewährung einer „angemessenen“ Pause zur Einnahme der Hauptmahlzeit zur Pflicht zu machen. Nur für die außerhalb des Geschäfts beschäftigten Personen wird eine feste Mittagspause in Aussicht genommen, deren näherer Regelung den mit den örtlichen Lebensgewohnheiten vertrauten Gemeindebehörden überlassen bleibt; das Gesetz verlangt einzig, daß für die Mittagszeit mindestens eine volle Stunde angesetzt wird.

Ferner ist von einer Normirung der Arbeitszeit durch gesetzliche Festlegung einer allgemeinen Schlußstunde für den Ladenbetrieb Abstand genommen worden. Der Geschäftszweck an sich bleibt unberührt, nur die Ruhezeit des Hilfspersonals wird im oben angegebenen Umfange vorgeschrieben. Etwas Anderes ist es, wenn, wie vielfach geschehen, die Geschäftsinhaber selbst eine Artirung der Ladenszeit herbeizuführen wünschen. Die Novell zur Gewerbeordnung bestimmt, daß solcher Fall durch die höhere Verwaltungsbehörde auf Antrag von mindestens zwei Dritteln der beteiligten Ladeninhaber für einzelne oder für mehrere örtlich unmittelbar zusammenhängende Gemeinden nach Anhörung der Gemeindebehörden für alle oder einzelne Geschäftszweige der Schluß der Läden während einer näher zu bestimmenden Zeit von 8 Uhr Abends bis 6 Uhr oder, wenn der Schluß der Verkaufsstellen auf 9 Uhr Abends festgelegt wird, bis 7 Uhr Morgens angeordnet werden kann. Ein solcher Zwang zum Ladenstillstand erscheint gerechtfertigt, wenn eine Minderheit von Einzelbetriebern den bezüglichen Beschlüssen der großen Mehrheit sich widersetzt und dadurch die letztere nöthigt, ihre Läden gleichfalls offen zu halten, um nicht der Konkurrenz einen Vorzug einzuräumen.

Auf Grund des Handelsgesetzbuches sind die Geschäftsinhaber bereits gegenwärtig verpflichtet, die Geschäftsräume und die für den Geschäftsbetrieb erforderlichen Geräthchaften so einzurichten und zu unterhalten, auch den Geschäftsbetrieb und die Arbeitszeit so zu regeln, daß der Handelsgeselle gegen eine Gefährdung seiner Gesundheit, soweit die Natur des Betriebes es gestattet, geschützt und die Aufrechterhaltung der guten Sitten und des Anstandes gesichert ist. Jedoch hat die Mitgattung dieser Vorschriften lediglich die Schadenserzwingung zur Folge; dagegen kann bis jetzt der Geschäftsinhaber nicht wie die übrigen Gewerbetreibenden mit Hilfe des staatlichen Zwanges angehalten werden, jene Verpflichtungen durch geeignete Einrichtungen und Vorkehrungen gerecht zu werden. Daher soll der Polizeybehörden das Recht übertragen werden, für einzelne offene Läden diejenigen Maßnahmen anzuordnen, welche zur Verwirklichung der im Handelsgesetzbuch enthaltenen wohlmeinenden Absichten erforderlich sind, während dem Bundesrat der Erlaß allgemeiner Anordnungen zur Regelung der gesetzgeberischen Anforderungen zusehen soll. Auf diesem Wege könnten die Principale verpflichtet werden, für ihre Angestellten geeignete und ausreichende Eisigeleichenheit zu beschaffen.

Enblich soll die Verpflichtung des Prinzipals die Schulbildung seiner Gehülfen und Lehrlinge unter 18 Jahren zu fördern, erweitert werden. Die Lehrherren im Handelsgewerbe waren bisher nur gehalten, die zum regelmäßigen Besuch der Fortbildungsschule erforderliche Zeit zu gewähren. Künftig soll den Prinzipalen die Pflicht auferlegt werden, die bei ihnen bediensteten jungen Leute zum Besuch der Fortbildungs- und der Fachschule anzubahnen und den Schulbesuch zu überwachen, wie solches durch die Gewerbeordnung aus von den Lehrherren in der Industrie gefordert wird.

Die Gesamtheit der Maßregeln, welche zur Förderung der körperlichen und geistigen Wohlfahrt des kaufmännischen Hilfspersonals in der Gewerbeordnungsnovelle geplant sind, verrieth die Befestigung von Mischständen, über die vielfach und aus den Reihen der verschiedensten Parteien mit Recht geklagt worden ist. Durch die Anträge der verbundenen Regierungen wird die staatliche Sozialpolitik um einen bedeutungsvollen Schritt weitergeführt und wird ein neuer Baustein zur Gesundung des Mittelstandes beigelegt. Man darf erwarten, daß die Vorschläge allseitig einer sympathischen Aufnahme entgegen werden.

Die Maskat-Angelegenheit

der französischen Flotte und zur Errichtung von Befestigungen haben. Der englische Agent erhielt von diesen Vorgängen erst in diesem Jahre Kenntniß; sobald sie aber bekannt geworden waren, erklärte die englische Regierung, daß sie im Widerstreit ständen zu dem Vertrage von 1862 und zu den besonderen Verpflichtungen des Sultan gegenüber England in Bezug auf Abtretung oder Entföhrung irgend eines Theiles seines Landes. Der Sultan wurde aufgefordert, den Pachtvertrag wieder aufzuheben, was er auch gethan hat. Das Vorgehen unreser Agenten ist von uns nicht gemißbilligt worden, sondern gemäß unserer Instruktionen geheißen. (Beifall.) Lord Salisbury hat dem französischen Vorkasfer mehr denn einmal erklärt, daß nach seiner Ansicht die englische Regierung zu ihrem Einspruch durchaus berechtigt und daß es für sie unmöglich sei, denselben aufzugeben. Was die materielle Seite der Frage anlangt, so ist De-

schüss Darstellung der Sachlage in einigen Punkten unvollständig. Er versagt zu erwähnen, daß er im letzten November auf eine Anfrage Moussons, was an den Gerichten von einer festeren Freizügigkeit beabsichtigten Vnderwerbung an den künftigen von Mostat Bajres sei, die Antwort gab, er habe hierüber nicht das geringste gehört. Diesebe Erklärung wiederholte er vor wenigen Tagen. Es handelt sich daher um einen Schritt des französischen Vorkalagenten, welcher seine Instruktionen überschritten hat, und es ist üblich, derartige Fragen zur Kenntnis der betreffenden Regierung zu bringen und es sicherzustellen, daß dieselben auf diplomatischem Wege gelöst werden damit auf diese Weise vermieden wird, die Öffentlichkeit daren zu verwickeln. Was die Bedrohung mit einem Bombardement betrifft, so ist es klar, daß, wenn aus Lord Salisbury, wie er dem französischen Botschafter mittheilte, die öffentliche Art der Handlungsweise weniger gezogen haben würde, unseren Agenten doch keine Tadel trifft, da er nicht in der Lage war, zwischen der Verantwortlichkeit des französischen Agenten und

der Vermittlung zwischen den französischen Agenten und des Sultans von Maasat einerseits und derjenigen der französischen Regierung andererseits zu unterscheiden. Wir sind der Meinung, daß die Handlungsweise unseres Agenten im Wesentlichen einwöllig korrekt war. Durch den zwischen Frankreich und England im Jahre 1862 abgeschlossenen Vertrag ist nicht ausgeschlossen, daß Frankreich eine Schenkungslust in Maasat habe, wie England eine solche ausdrücklich in dem Vertrage ausgemacht hat. Eine Konzession ist mit der selben nicht verbunden, und es ist selbstverständlich, daß die französische Regierung einen gleichen Nutzen aus dem ihr zustehenden Rechte ziehen will, welches aber gleichen Beschränkungen unterliegen hat. — Auf eine Anfrage, welche Bestimmungen für englische Schiffe bestehen, welche in den Hafen von Tientsin einlaufen sollten, erklärt Brodick, sobald dieser Hafen als ein dem fremden Handel geöffnetem angesehen sei, müsse selbstverständlich den Vertretern der Vertragsmächte in China eine darauf bezügliche formelle Erklärung zugehen. Dies könne jedoch erst dann der Fall sein, wenn dort ein Zolldienst, ähnlich dem in den anderen Vertragshäfen bestehenden eingerichtet worden sei. Die Regierung sei vor einiger Zeit benachrichtigt worden, daß Schritte zur Organisation der allgemeinen Verwaltung und zur Errichtung eines Zollamts in Tientsin gemacht und daß die Hilfe durch russische Ver-

geschlagen in die das Roue durch ruhme Be-
kante für die chinesische Regierung in Gemäße
des chinesischen Tariffes erhoben werden sollten.
Es sei nicht in der Lage, eine Aufsicht darüber
zu üben, welchen Einfluß die russischen Schiff-
fahrtsbestimmungen auf die Stellung des Hafens
von Tientsin haben könnten. Aus dem Wor-
laut jüngst aus Peking erhaltener Telegramme
gehe hervor, daß bezüglich der Frage des Aus-
baues der Nordbahn der russische Gesandte gegen-
über die Einstellung englischer Ingenieure sowie eines
europäischen Rechnungsführers der Eisenbahn und
gegen die Verpändung der Frachten und Ein-
künfte der Bahnen außerhalb der großen Mauer
mit der Begründung Einspruch erhoben habe,
daß dies mit dem zwischen Rußland und China
geschlossenen Abkommen im Widerspruch stehe.
Die englische Regierung habe daraufhin den Ge-
sandten Machabon angewiesen, zu erklären, daß
keiner dieser Punkte eine fremde Kontrolle jener
Linien bilde oder im Falle der Nichtzahlung der
Zinse den Besitz oder die Kontrolle der Linien
involviere. Er wiederhole, daß die Regierung
den geschlossenen Kontrakt als bindend für China
betrachte.

Aus dem Reiche.

Morgen Donnerstag, als am **Sterbetage** Kaiser **Wilhelms**, läuten wie alljährlich um 8 Uhr Morgens (Sterbefunde) die drei großen Glocken der Kaiser **Wilhelms-Gedächtniskirche**. Am Abend findet eine musikalische Gedenkfeier in der Kirche statt, an welcher der Kaiser und die Kaiserin theilnehmen werden. — In Landsberg a. d. Warthe ist der Kommerzienrath **Hermann Bandisch**, Ehrenbürger der Stadt, im 83. Lebensjahre gestorben. Er begründete im Jahre 1843 in seiner Vaterstadt eine Maschinenfabrik, aus der sich die jetzige bekannte Maschinenbauanstalt, Glengerieerei und Dampffesselabrit **h. Bandisch** Allgäu-Gesellschaft entwickelte, die auch in Berlin eine Zweigiederlassung hat. An seinem 80. Geburtstag, am 13. April 1896, stiftete er seiner Vaterstadt den „**Bandischbäumen**“, ein Kunstwerk, das seinen Namen in Landsberg unvergessen machen wird. — Die Errichtung eines **Fleien-Denkmals** ist aus Anlaß des bevorstehenden 200jährigen Geburtstages des Reichserzherzogs von Fleien-Husaren-Regiment **Mathenow** beschloßen worden. Die Arbeit ist Professor Reinhold Vegos übertragen worden, der, wie wir hören, seinen Sohn, den Bildhauer **Bernner Vegos**, mit der Ausführung betraut hat. Es wird ein Büstendenkmal in Bronze auf einem Sandsteinpiedestal. Seinen Platz soll das Werk auf dem Kasernenhof erhalten. — Eine gestern stattgehabte Verammlung von Riquetfabrikanten der Stadt Posen beschloß für den Fall des Inkrafttretens der **Spiritusverwerthungsgesellschaft** in Form einer

Genossenschaft mit beschränkter Gastpflicht in der Stadt Posen eine Spiritfabrik zu errichten und den Brennereien bis 75 Pfennige pro 10 000 Prozent Rohspiritus mehr über den jeweiligen von jener normierten beziehungsweise gezahlten Preis zu zahlen. Von größeren Liqueurfabrikanten in der Provinz liegt bereits eine große Anzahl von Beitrittsverklärungen vor. Das Kapital zum Fabrikbau ist bereits vorhanden. — Die **Konservativen Thüringens** halten nächsten Sonntag in Gotha einen Parteitag ab.

Deutschland.

△ **Berlin**, 8. März. In den letzten Tagen ist durch die Zeitungen das Gerücht verbreitet worden, daß Ihre Majestäten der Kaiser ⁱⁿ u. die Kaiserin Mitte März Berlin verlassen würden. Domburg ihren Aufenthalt für einige Zeit nehmen würden. Diese Nachricht entbehrt jeder Begründung. Da sie aber fast allfälligh um diese Zeit auftritt, so ist sie wahrscheinlich damit in Verbindung zu bringen, daß in jedem Jahre Anfang März die Reisen der Herren Hofmarschälle zur Revision der königlichen Schlösser in den Provinzen beginnen.

— In den Reichstagsverhandlungen über den Militäräret ist zur Sprache gekommen, daß ein Kieferstich Griese vom Militärgericht an vierzehn Tagen Arrest verurteilt worden sei, weil er vor dem Schöffengericht in Marienburg bekannt habe, daß er Sozialdemokrat sei. Ueber den Fall wird der „National. Kor.“ jetzt aus parlamentarischen Kreisen mitteilt:

Es hat sich in der fraglichen Sitzung des Schöffengerichts nicht um eine private Unterhaltung zwischen dem Richter und dem Zeugen Grisele gehandelt. Der Zeuge Grisele, ein Maurerpolier aus Elbing, der in seiner Uniform als Lazarettbeschäftigter erschienen war und sich auch vor Gericht durchaus angemessen benahm, hatte vielmehr den Zeugnised bereits geleistet, als er seine Darstellung damit begann, er sei an dem fraglichen Tage mit einem anderen nach Markthof gekommen und habe dort sozialdemokratische Flugblätter verteilt. Auf Antrag des Anwalts richtete der Richter darauf an Grisele die Frage, ob er sich denn auch als Sozialdemokrat bekenne oder der sozialdemokratischen Partei angehöre. Den Zeugen stellte diese Frage in Verlegenheit, er wollte nicht recht mit der Sprache heraus, so daß der Richter sich veranlaßt sah, ihn auf seinen geleisteten Eid und seine Zeugnispflicht hinzuweisen. Darauf erfolgte erst die Antwort: „In Zivil, ja!“

— Der Zentralvorstand des Gustav-Adolf-Vereins zu Leipzig hat in Betreff der Stellung, die der Verein zu der mehr und mehr zunehmenden Uebertrittsbewegung zum Protestantismus in Oesterreich einzunehmen hat, an seine Haupt- und Zweigvereine das nachfolgende Schreiben gerichtet: „In der letzten Zeit ist wiederholt und von verschiedenen Seiten getragt worden, wie der Gustav-Adolf-Verein sich zu der sogenannten Uebertrittsbewegung in Oesterreich stelle, die ja national-politischen Ursprungs ist, in der aber immer mehr auch religiöse Strömungen wirksam zu werden scheinen. Der Zentralvorstand hat in seiner aus diesem Anlaß berufenen Sitzung vom 24. Februar d. Z. sich einstimmig dahin ausgesprochen, daß der Gustav-Adolf-Verein, der ja der evangelischen Kirche ohne Unterschied der Nationalität diene und der nur das Bestehende schützen will, sich jedes thätigen Eingreifens in diese Bewegung zu enthalten hat. Er würde sonst das Ziel seiner Arbeit verrücken und seinen Satzungen untreu werden. Nach diesen Satzungen ist es aber auch selbstverständlich, daß neugebildeten Gemeinden oder alte Gemeinden, für deren erweiterte Thätigkeit die bisherigen Kräfte nicht hinreichen, nach Möglichkeit von uns zu unterstützen sind. Aus diesem Grund haben wir der Gemeinde Teplitz, die neue Predigtstationen errichten will und muß, und der neugebildeten Gemeinde zu Radersburg in Steiermark je 500 M. zur Anstellung von Vikaren bewilligt. Wir halten uns verpflichtet, die Haupt- und Zweigvereine davon Mittheilung zu machen, um sie zu bitten, dem Gustav-Adolf-Verein auch gegenüber dieser Bewegung die ihm geistlich und jugendgemäß gewiesene Stellung zu wahren, aber auch uns zu bezeugen, daß wir neue Aufgaben, die diese für Oesterreich und die durch Gemeinschaft des Glaubens und einer 66jährigen Arbeit uns verbundene evangelische Kirche dieses Landes so erste Zeit bringen sollte, innerhalb der uns gegebenen Schranken und nach den uns gegebenen Winkeln mit Freuden auf uns zu nehmen bereit sind und uns dabei der Zustimmung und der Mitarbeit aller Vereine verpflichtet halten.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 7. März. Der Gemeinderath genehmigte das Ansuchen der „Dampffischerei Nordsee“ um Ueberlassung von Plätzen in Wien zum Verkaufe von Seefischen aus der Nordsee.

Belgien.

Brüssel, 7. März. Der Zustand der Königin hat sich gebessert. Die Ärzte glauben, daß, wenn keine Verschlimmerung eintritt, die Königin gerettet werden wird. Die Prinzessin Klementine, welche hier eingetroffen, ist bisher noch nicht zu der Königin zugelassen worden, da man befürchtet, daß die Aufregung über das Wiederkehren der Patientin schädlich sein könnte. Die Königin ist heute mit allen Sakramenten versehen worden. Zu dem Oskaplan äußerte die hohe Patientin scherzend: „Ich bin schon so oft todt gesagt worden und trotzdem lebe ich noch immer.“

Franfreich.

Paris 7. März. Senat. Gallieres übernimmt das Präsidium des Senats und spricht den Dank für seine Wahl aus. Hierauf gedenkt er in erhabenen Worten seines Vorgängers auf dem Präsidienthron, des Präsidenten der Republik Soubei, und erinnert an dessen Botschaft, worin das Parlament um seine Mitarbeit an dem Werke zur Vereinigung der Völker gebeten wird. Der Senat werde es sich zur Ehre anrechnen, dieser Aufforderung zu entsprechen. Im Uebrigen dürfe man aus vernünftigen Ansichten die Hoffnung schöpfen, daß man nicht fern von dem Tage sei, wo das vorübergehende Mißbehagen, das sich im Lande fühlbar gemacht

haben, entschwinden sei. Die übrigen Winde, welche die Oberfläche nur allzu sehr gepeitscht hätten, seien doch nicht durchdringend genug gewesen, um in der Demokratie die Erkenntniß ihrer Pflichten und ihrer Interessen erschließen zu lassen. Das Vertrauen zur Armee, die niemand und nichts von der Erfüllung ihrer Pflichten abbringen werde, sei nicht erschüttert. Man werde mit Geduld abwarten, bis die Justiz ihr Wort gesprochen habe und werde aus ihrer Hand allein die Wahrheit entgegennehmen, die für so manches Gemüth eine Erlösung von grauamen Plagen bedeuten werde. (Beifall.)

Italien

Nom. 7. März. Die Kammer berath in erster Lesung die Gehektentwürfe über die militärische Organisation des Personals einiger öffentlichen Dienstzweige. Ministerpräsident Pelloux verweist auf die geringe Bedeutung dieser Vorlagen, da die Regierung glaube, sie habe die volle Befugniß, das Personal der Eisenbahnen und einiger anderen öffentlichen Dienstzweige militärisch zu organisiren. Nöthigenfalls würde er keinen Anstoß nehmen zu wiederholten, was im Jahre 1898 gescheh und den Anlaß zu dem vorliegenden Gehektentwurf bot. Der Entwurf habe lediglich den Zweck, gewisse kleine Unzulänglichkeiten im praktischen Dienst zu beseitigen, welche sich im Jahre 1898 ergaben. Er regne darauf, daß die Kammer die Vorlage billigen werde. Nachdem mehrere Redner gesprochen hatten, wurde die Berathung geschlossen. Die Abstimmung auf Eintritt in die zweite Lesung wurde auf Antrag des Ministerpräsidenten Pelloux auf morgen vertagt. Hierauf wurde die Berathung des Gehektentwürfs über die rückfälligen Verbrecher begonnen. Der Justizminister erklärte, der Gehektentwurf habe einzig den Zweck, die Städte und das Land von der Menge existenzloser Menschen zu reinigen, die eine stete Bedrohung der öffentlichen Ordnung seien. Der Minister hob hervor, daß das Gesetz sich nicht auf Personen erstreckt, die wegen politischer oder militärischer Verbrechen verurtheilt seien; auch sei die Regierung bereit, jedem Abänderungsantrage zuzustimmen, der diesen Grundsatz noch klarer ausdrücke.

Rom. März. Der heute Abend 6 Uhr ausgegebene ärztliche Bericht über den Gesundheitszustand des Papstes lautet: „Der Gesundheitszustand des Papstes ist andauernd sehr befriedigend. Puls, Atmung und Temperatur sind normal. Der Heilungsprozeß an der operierten Stelle verläuft regelmäßig. Da der hohe Kranke von der Operation genesen erachtet werden kann, werden weitere Vullettins nicht veröffentlicht. Mazzoni, Rapponi.“ Dr. Mazzoni wird sich heute Abend vom Papste verabschieden und seine regelmäßigen Besuche einstellen; er wird den Papst nur noch von Zeit zu Zeit bis zu dessen vollständiger Wiederherstellung besuchen.

Die Katastrophe von Toulon.

Anlaß der Pulver-Explosion in Toulon ist auch der deutsche Marine-Anstich in Paris beauftragt worden, dem französischen Marine-Minister die Anteilnahme des Kaisers sowie des Staatssekretärs des Reichsmarine-Amtes, Kontre-Admiral Tirpitz, auszusprechen.

Der Marineminister Dorey traf gestern Vormittag in Toulon ein und besuchte die bei der Pulver-Explosion verwundeten Personen; die Zahl der bisher geborgenen Leichen beläuft sich auf 58.

Die Opfer der Pulverexplosion sind gestern unter überaus großer Theilnahme der Bevölkerung beerdigt worden. Marineminister Lockroy und sämtliche Behörden befanden sich im Leichenzuge, der eine Länge von zwei Kilometer hatte. Auf zwölf Wägen wurden 51 Särge, von zahllosen Kränzen bedekt, zum Kirchhofe überführt.

Der Pulverturm von Lagoubran lag am Meeresstrande ungefähr 800 Meter vom Arsenal von Toulon entfernt. Zur Rechten, ungefähr einen Kilometer entfernt, befindet sich der Pulverturm von Milhau und zur Linken, ungefähr 500 Meter entfernt, die Marineschwerwaffenfabrik.

Der Raum zwischen den Pulvertürmen von Lagoubran und Milhau ist von den Uebungsanstellungen bedekt, in denen die Schiffsbauhölzer aufbewahrt werden. Die ersten Häuser des Dorfes Lagoubran liegen kaum 300 Meter von dem Pulverturm am Fuße eines Hügels und längs des Weges, der zu dem Arsenal führt. Das Meer an dieser Stelle ist ziemlich seicht, was die Nachforschungen betreffs des entsetzlichen Unfalls bedeutend erleichtern wird. Die durch die Explosion verursachten Zerstörungen sind fürchterlich, was schließlich Niemanden in Er-

stauen setzen wird, da nicht weniger als 50 000 Kilogramm Pulver aufgefliegen sind. Zwei

vieler Kilometer in Unkreise ist alles vernichtet und zerstört. Die Häuser sind zusammengeknüllt, die Bäume weggerafft, die Felsen aufgewühlt und mit Steinen und Trümmern bedeckt; von der durchdringenden Gewalt der Explosion liegt vorzüglich der Umstand Zeugnis ab, daß ein Stein von 50 Kilogramm in die Toulonser Vorstadt, Pont-de-As, zwei Kilometer von der Stätte der Katastrophe entfernt, geschleudert wurde. Wie bereits bemerkt, wurden auch zahlreiche Beschädigungen in Toulon festgestellt. In dem 7 Kilometer von Zagoubra entfernten Faubourg Saint-Jean-du-Bar sprangen die Scheiben und wurden die Thüren eingedrückt; der Boden eines Theiles dieser Vorstadt war mit dichtem schwarzen Staube bedeckt. Ein Bauer fand mehr als einen Kilometer von der Unglücksstätte entfernt einen großen Zinkstein, der ganz vollständig gedreht war. Aber die materiellen Schäden können, was sich bei den durchdringenden Beschä-

blühenden Menschenleben, die diese entsetzliche

Staltprophe verachtet hat, gar nicht in Betracht kommen. Die um 8 Uhr Morgens von den Soldaten des 8. Marine-Infanterie-Regiments in Angriff genommenen Aufbaumungsarbeiten sind den ganzen Sonntag unter ungeheuren Schwierigkeiten fortgesetzt worden. Von den sieben Soldaten, die in dem Pulverturm Bache standen, sind vier getötet und drei schwer verwundet worden. Der Unteroffizier, der den Posten besetzte, ist buchstäblich falkirt worden; man hofft ihn indessen trotz seiner furchtbaren Verletzung am Leben zu erhalten. Die von der ganzen hinteren Seite des stoffes losgebliebenen Dammes hing dem Unglücklichen wie ein Scheler über den Kopf.

London, 7. März. Chili-Kupfer 70,12, per drei Monate 70,12.
London, 7. März. 96% Savagunder loco 11,50 ruhig, Rüben-Rohzucker loco 9% Sch. Käufer fest.
Gull, 7. März. Getreidemarkt. Weizen schwächer. — Wetter: Schön.
Liverpool, 7. März. Getreidemarkt. Weizen und Mais stetig, Mehl unverändert. — Wetter: Schön.
Glasgow, 7. März. (Schl.) Rheinen. Mixed numbers warants 54 Sch. 3½ d. Warrants Middlesborough III. 47 Sch. 7 d.
Glasgow, 7. März. Die Verschiffungen von Rheinen betragen in der vorigen Woche 5503 Tons gegen 4570 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.
Glasgow, 7. März. Die Vorräthe von Rheinen zu den Times belaufen sich auf

| | | |
|--|--------------------------------|--------------------------------|
| Sahne. | | |
| Newyork, 7. März. Weizen-Verschliffungen per letzten Woche von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach Großbritannien 141 000, do. nach Frankreich 15 000, do. nach anderen Häfen des Kontinents 104 000, do. von Kalifornien und Oregon nach Großbritannien 47 000, do. nach anderen Häfen des Kontinents — Orts. | | |
| Newyork, 7. März. (Anfangsnotiz.) Weizen per Mai 76 75, Mais per Mai 40 00. | | |
| Newyork, 7. März, Abends 6 Uhr. | | |
| Baumwolle in Newyork . | 7. | 6. |
| do. Lieferung per März . . | 6 ³ / ₁₆ | 6 ³ / ₁₆ |
| do. Lieferung per Mai . . . | — | 6,31 |
| do. in Neworleans | — | 6,30 |
| Petroleum, raff. (in Cases) | 6 ¹ / ₁₆ | 6 ¹ / ₁₆ |
| Standard white in Newyork | 8,10 | 8,10 |
| do. in Philadelphia | 7,35 | 7,35 |
| Credit Balances at Oil City | 7,30 | 7,30 |
| 13 mal 3 Western Steam . . | 113,00 | 113,00 |
| do. Robe und Brothers . . | 5,55 | 5,55 |
| 3 und 4 Fair refining Moscovados | 5,65 | 5,65 |
| Weizen stetig. | 3,87 | 3,87 |
| Winterweizen loco | 83,50 | 83,87 |
| per Februar | — | — |
| per März | 82,50 | 82,37 |
| per Mai | 76,25 | 76,62 |
| per Juli | 74,62 | 75,37 |
| Kaffee Rio Br. 7 loco . . . | 6,72 | 6,25 |
| per April | 5,15 | 5,25 |
| per Juni | 5,30 | 5,35 |
| Wehl (Spring-Wheat clears) | 2,85 | 2,85 |
| Mais stetig. | — | — |
| per März | 42,25 | 42,25 |
| per Mai | 40,37 | 40,50 |
| per Juli | 40,87 | 40,80 |
| Kupfer | 18,00 | 18,00 |
| Zinn | 23,50 | 23,75 |
| Getreidefracht nach Liverpool | 1,12 | 1,25 |
| Chicago, 7. März. | | |
| Weizen stetig, per März . . | 7. | 6. |
| per Mai | — | — |
| per März | 71,62 | 72,25 |
| Mais stetig, per März . . . | 34,12 | 34,25 |
| Port per März | 9,00 | 9,00 |
| Speck short clear | 4,87 1/2 | 4,87 1/2 |

Wasserstand.
* **Stettin**, 8. März. Im Nevier 5,65
Meter = 17' 11".

Telegraphische Depeschen.

Wien, 8. März. Die deutsch-böhmischen Abgeordneten werden an den Sitzungen des böhmischen Landtags, der auf den 14. d. März einberufen ist, nicht theilnehmen.

Brüffel, 8. März. Das letzte ärztliche Bulletin über den Zustand der Königin lautet: Das Allgemeinbefinden hat sich gestern günstiger gestaltet, man kann Hoffnung haben, die Königin zu erhalten. Die Stomperzessin wird heute früh her erwartet. Wie es heißt, leidet die Königin nicht mehr an einer Lungenentzündung, sondern an einem Geschwür auf der rechten Brust, doch ist nicht zu konstatiren, ob diese Meldung richtig ist, da die Journalisten keine Nachrichten aus dem Palais erhalten.

Toulon, 8. März. In voriger Nacht wurden auf den Wachposten bei dem Pulvermagazin zwei Schiffe abgefeuert. Der Posten hat in der Richtung des in der Dunkelheit flüchtenden mehrere Schiffe abgegeben, welche aber nicht trafen. Der Attentäter konnte unentdeckt entkommen. Bei Abladung des Terrains durch die Bomben wurden sechs Dynamitpatronen an einer Mauer geschnitten, diese Mauer flect durch einen unterirdischen Gang mit dem in die Luft geflogenen Pulverturm in Verbindung. Ein Artillerieoffizier ist sofort herbeigezogen worden und hat die Patronen unschädlich gemacht. Der General Dabouis ist mit der Unterdrückung der Angelegenheit beauftragt worden und wird sein Gutachten darüber abgeben, ob die Explosion des Pulverturms vielleicht durch ein ähnliches Vorkommnis herbeigeführt worden sei.

Toulon, 8. März. Die Subscription, welche an dem Tage nach der Katastrophe des Pulverturmes eröffnet wurde, hat in den ersten 24 Stunden die Summe von 25 000 Frank ergeben.

Rom, 8. März. Die „Italie“ berichtet unter Reserve, Acciariti habe im Gefängnis ein dahingehendes Geständnis abgelegt, daß ein Kumpelpott gegen das Leben des Königs bestanden und daß ihn das Loos getroffen habe, den König zu ermorden. In Folge dieser Aussage sind wiederum weitere Verhaftungen von Anarchisten erfolgt.

Vondon, 8. März. Wie die „World“ meldet, soll Kaiser Wilhelm beschließen, dem Herzog von York einen Ehrenrang in der deutschen Flotte zu verliehen.

Vondon, 8. März. Aus dem zweiten

durch Selbstmord geübten Henri herborzuheben. Es geht darum unzweideutig hervor, daß Henri sich nicht selbst getödtet hat, sondern daß er viel mehr ermordet worden sei. Hierüber verfährt, daß die angeblichen Gefändnisse Henri's allen Regeln entgegen nicht unterzeichnet wurden.

Warschau, 8. März. Das hiesige Polytechnikum ist wegen der unter den Einrenten herrschenden Bewegung geschlossen worden.